

STANDPUNKT

Glaubwürdigkeit der CDU hängt auch an ihrer Landespolitik

Von Wolfgang Steiger

Die Rückbesinnung der CDU auf die Soziale Marktwirtschaft ist für ihren Wiederaufstieg nach der desaströsen Bundestagswahl die tragende Säule. Die neue Parteispitze hat nach langen Jahren der „Sozialdemokratisierung“ ihren Kompass klar auf wirtschaftliche Freiheit ausgerichtet. Sowohl das neue Grundsatzprogramm als auch Positionierungen wie der Zwölfpunkteplan für ein Sofortprogramm atmen diesen Geist. Auch das klare Bekenntnis der Bundes-CDU zum Erhalt der vom Bundesverfassungsgericht scharf gestellten Schuldenbremse zeugt von konsequenter ordnungspolitischer Orientierung. Das Nein zur weiteren Ausdehnung der Staatswirtschaft durch immer neue Kredite erinnert an eine frühere „Wende“ in den Achtzigerjahren unter Bundeskanzler Helmut Kohl.

Umso schädlicher für die Glaubwürdigkeit einer Wirtschaftswende durch die Union sind gegenläufige Bestrebungen einzelner CDU-geführter Landesregierungen. So fiel der Start der schwarz-roten Koalition im Land Berlin mit 10 Milliarden Euro neuen Schulden besonders üppig aus. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner und Bürgermeisterin Franziska Giffey wählten die gleiche Strategie wie die Bundesregierung: Sie schütteten alle Gegensätze mit Geld zu. Zu diesem Zeitpunkt hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon ihre Verfassungsklage gegen den unsoliden Start der Ampel auf den Weg gebracht. Trotzdem pflegten

auch weitere unionsgeführte Bundesländer ihre Sondervermögen und Vorratskredite, der Schuldenbremse zum Trotz. Nach dem Karlsruher Urteil, in dem die Richter auf die Einhaltung der Schuldenbremse pochen, stand der Regierende Bürgermeister von Berlin in vorderster Reihe, diese aufzuweichen.

Auf ihrem Bundesparteitag Anfang Mai wird die CDU ihr neues Grundsatzprogramm verabschieden. Der Entwurf überzeugt: Allein dass die Partei das Programm unter das Leitmotiv „In Freiheit leben“ stellt, ist ein starkes Signal. Eine zentrale Leitlinie ist das Aufstiegsversprechen durch Leistungs- und Chancengerechtigkeit. Klar formuliert wird die Erwartungshaltung an jeden Erwerbsfähigen, seinen Lebensunterhalt tatsächlich selbst zu erwirtschaften. Bekenntnisse im CDU-Grundsatzprogramm zu garantierten Eigentumsrechten oder marktwirtschaftlichen Prinzipien im Klimaschutz sind in der Parteienlandschaft eher die Ausnahme.

Die Bundes-CDU räumt mit ihrem Bekenntnis zur Schuldenbremse der Privatwirtschaft klar Vorrang ein. Das Instrument ist kein wie von SPD, Linken, Grünen und Gewerkschaften oft behaupteter „Fetisch, der Wachstum abwürgt“, sondern

das Gegenteil. Es zwingt die Regierungen in Bund und Ländern, Ausgaben klar zu priorisieren, weniger Ressourcen privater Akteure zu absorbieren, weniger umzuverteilen. So ist es ein sinnvolles Resultat des Urteils, dass der Bund beim Bürgergeld sparen und Sanktionen gegen Arbeitsun-

willige verschärfen möchte. Damit folgt er dem Subsidiaritätsprinzip und schafft wenigstens etwas Leistungsgerechtigkeit: Jeder hat zunächst die Aufgabe, durch Arbeit für sich selbst zu sorgen. Dies lindert auch den

Arbeitskräftemangel. Doch ohne Schuldenbremse wären schärfere Sanktionsregeln kaum auf die Ampelagenda gekommen.

Die Schuldenbremse zwingt die Politik also zu sinnvollen wie möglichen Priorisierungen: 2018 plante der Bund noch mit Gesamtausgaben von 344 Milliarden Euro, 2019 mit 356 Milliarden Euro, 2023 dagegen waren es 457 Milliarden Euro – über 100 Milliarden Euro mehr. Das zeigt, wie groß der Spielraum für Einsparungen und auch höhere Investitionen ist. Gleichzeitig erfolgen Investitionen zu 90 Prozent durch private Akteure. Im Klartext: Die eigentliche Investitionsbremse in Deutschland sind die schlechten Standortbedingungen. Sie lassen die Unternehmen an-

derswo investieren. So überzeugend die Bundes-CDU für einen schlanken Staat und die freiheitliche Entfaltung von Wirtschaft und Bürgern eintritt, so sehr unterminiert dies die Landesebene. Unvereinbar mit den Grundwerten Ludwig Erhards ist etwa der Rückkauf, sprich die Verstaatlichung, des Fernwärmenetzes durch den Berliner Senat für rund 1,6 Milliarden Euro – ungeachtet eines besonders ineffizienten öffentlichen Sektors in der Bundeshauptstadt und rund 63 Milliarden Euro an Landesschulden.

Die Länder sollten sich gesammelt hinter die Schuldenbremse stellen. Eine solide Ausgabenpolitik gepaart mit der Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft steht nicht nur für Glaubwürdigkeit, Generationengerechtigkeit und auf Dauer ein höheres Wirtschaftswachstum – sie eröffnet auch politische Handlungsspielräume. Nicht zuletzt über den Bundesrat sollten die CDU-geführten Länder jede Chance nutzen, für eine wirtschaftsfreundliche Politik, die Begrenzung staatlichen Ausgabenhungers und den Vorrang der Privatwirtschaft zu stehen. Überzeugen und ihr Wählerpotential ausschöpfen kann die CDU nur, wenn sie in der Summe ihrer Teile für Soziale Marktwirtschaft wie ökonomische Freiheit steht und die mittlerweile dringend notwendige Wirtschaftswende einläutet.

Wolfgang Steiger ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Ein gutes Programm ist nicht alles. Die Bundes-CDU braucht mehr Unterstützung durch ihre Ministerpräsidenten.